TÜL / DIE LINKE.

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 3 Dezember 2020

www.tuebinger-linke.de

Seite 2:
Ein „Ökosystem“ der Umverteilung

zum Cyber Valley und CureVac

Seite 4:
Es gibt Alternativen zur Innenstadtstrecke der Stadtbahn!

Seite 6:
Klimaneutral 2030 - sozial gerecht!

Seite 7:
Landesdatenschutzbeauftragter verbietet „Liste der Auffälligen“

Wer zahlt die Kosten der Corona-Krise?

Mit dem erneuten Teil-Lockdown wird deutlich: Die Bewältigung der Corona-Krise wird wohl mehr als eine Billion (1 000.000.000.000) Euro kosten!

Die großen Verlierer sind viele derjenigen, die auch in der Krise das Land am Laufen gehalten haben und hier vor allem die prekär Beschäftigten, Menschen mit Minijobs und Zeitverträgen. 40% der Menschen in Deutschland erlitten Gehaltseinbußen (Untersuchung des DIW).

Aber es gibt auch Gewinner der Krise: Amazon und weitere Konzerne der Internet- und Finanzwirtschaft haben satte Gewinne eingefahren. Lieferdienste, Autokonzerne und selbst Rüstungsfirmen melden wieder steigende Gewinne.

Während die Konzerngewinne nicht angetastet werden sollen, werden die Kosten bei den Kommunen abgeladen. Allein für das erste Halbjahr 2020 verzeichnen sie ein Defizit von 10 Mrd. und weitere 10 Mrd. werden als Rückgang bei den Steuereinnahmen für 2021 prognostiziert. Bisher noch unbekannt sind die Kosten durch steigende Sozialleistungen und wegbrechende Einnahmen. Die Bundesregierung will nur die Gewerbesteuerverluste im Jahr 2020 kompensieren und einen größeren Anteil an den SGB II-Unterkunftskosten übernehmen. Für die kommenden Jahre stehen die Kommunen damit vor dramatischen finanziellen Einbrüchen, durch die der Erhalt der kommunalen Infrastruktur und Selbstverwaltung existentiell bedroht ist.

Die Linke fordert, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die in der Krise profitiert haben: Mit einer Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre (mit hohen Freigrenzen für Betriebsvermögen) könnten diese 0,7% der Bevölkerung zur Finanzierung der Corona-Krise beitragen. Die dadurch möglichen Einnahmen von ca. 300 Mrd. € könnten existentiell notwendige Investitionen in Ländern und Kommunen anschieben.

Vermögen ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Allein das reichste 1% der Bevölkerung besitzt 32% , das sind 3,8 Billionen €.
Bis Ende Juli 2020 ist das Vermögen der 119 Dollar-Milliardäre in Deutschland in einem Jahr und trotz Krise um 594 Mrd. Dollar und damit 20% gestiegen.
(Quelle: aktuelle Studie der Schweizer Großbank UBS)

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin der Tübinger Linken

Impressum
Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. **Adresse:** Pfleghofstraße 8, 72070 Tübingen.
Email: info@die-linke-tuebingen.de **V.i.S.d.P:** Gerlinde Strasdeit

Die Innenstadtbahn frisst unsere Zukunft!

So schädlich wie Stuttgart21 kannibalisiert dieses Bauvorhaben den Stadthaushalt, denn „Kultur" und „Soziales" werden für ein Prestigeprojekt geopfert werden "müssen". Sobald die erste Baugrube aufgerissen wird, werden „leider unvorhersehbare" Mehrausgaben unumgänglich, denn wer will schon eine unfertige Bahn – auch wenn sie nur am Zentrum vorbei zu einem Prellbock in Waldhäuser Ost führt und nicht wie andere Innenstadt-Durchfahrungen in eine Nachbarstadt, etwa über Waldenbuch nach Böblingen. Das und auch die Anbindung weiterer Orte im Umland ohne Bahnhof leistet nur der Ausbau des Busverkehrs. Der darf aber nicht am Hauptbahnhof enden und dort alle zum Umstieg zwingen, sondern er muss durchgebunden werden und die Hauptziele jeweils möglichst direkt mit den Wohngebieten im Umland verbinden. Es geht nicht nur um junge, betagte oder beeinträchtigte Zwangskunden, die bisher den Öffentlichen Nahverkehr mitfinanzieren müssen, anstatt endlich gratis durchgewunken zu werden. Auch die Masse der Zwangspendler*innen, die durch die Mietpreisexplosion gezwungen sind aufs Land zu ziehen und die dafür ein Auto brauchen, sollte endlich mit Direktbus und Jobticket günstig, schnell und stressfrei zur Arbeit kommen. Das kann nicht bis zum Projektende warten! Das leistet nur ein flexibles und schrittweise ausbaufähiges Bussystem mit Anbindung aller Bahnhalte. Aber den Fans der Innenstadtstrecke geht es nicht um die Belange dieser Mehrheit. Ihr Hobby, ihre Bahn, ihre Mühlstraße, ihr 130-cm-Radweg – alle anderen sind doof, unwissend, ungrün.

Michael Schwarz, Kommunal-AK der LINKEN

mehr zum Thema auf Seite 8 unter: „Neue Normalität" – Bundeswehr im Gesundheitsamt?

Ein „Ökosystem" der Umverteilung

Mit dem Cyber Valley soll Tübingen zu einem Ökosystem für Künstliche Intelligenz (KI) werden. Die Idee hinter solchen Ökosystemen ist schlicht eine Umverteilung von Unten nach Oben. Das merkt man auch am bisherigen „Leuchtturm" des Technologieparks: dem Impfmittelhersteller CureVac.

Vom Lockdown recht unbeeindruckt wächst der Tübinger Technologiepark auf der Oberen Viehweide weiter. Das umstrittene Amazon-Forschungsgebäude zwischen Max-Planck-Instituten, einem neuen KI-Forschungsgebäude der Uni und mehreren medizintechnischen Unternehmen nimmt bereits klare Formen an. Es entsteht hier das, was die Bundesregierung einen „Forschungscampus" nennt, ein „Raum der Verdichtung" zwischen Industrie und Wissenschaft, der dem „Technologietransfer" dienen soll – und zwar von der Wissenschaft in die Industrie. Genau das ist die Idee des Cyber Valleys: „Erklärtes Ziel des Clusters ist es, die Ergebnisse der Grundlagenforschung rasch zur Anwendung zu bringen", so die Presseerklärung der Landesregierung zur Gründung der Forschungskooperation. Als „Motoren" dieser „Kommerzialisierung" werden dort außerdem Startup-Unternehmen hervorgehoben.

Nun spricht grundsätzlich nichts gegen Technologietransfer. Bei Themen wie Künstlicher Intelligenz allerdings sollte man durchaus darüber streiten, ob und wie man diesem auch Grenzen setzen kann – wie dies in Bereichen der Gentechnik und Atomforschung völlig unumstritten ist. Deshalb haben wir als Fraktion zum Beispiel eine Zivilklausel für den Technologiepark gefordert, um der Entwicklung militärischer Anwendungen vorzubeugen.

Darüber hinaus zeigt sich allerdings, dass der Technologietransfer, wie er in diesem Ökosystem konzipiert ist, prinzipiell ein Mechanismus der Umverteilung ist. Universitäten und Max-Planck-Institute forschen mit öffentlichen Mitteln. Wenn dabei Erkenntnisse entstehen, mit denen man auch nur potentiell Geld machen kann – und genau hierauf richten sich beide erklärtermaßen immer stärker aus – sollen die Wissenschaftler*innen ein Startup gründen und selbst zu Unternehmer*innen werden. Auch dabei bestehen auf verschiedenen Ebenen zahlreiche Programme, um diesen Prozess aus der öffentlichen Hand zu fördern. Das Geld aus der öffentlichen Hand allerdings reicht gerade im Bereich der Hochtechnologie meist nicht aus. Hier werden oft Beträge in dreistelliger Millionenhöhe benötigt, bevor auch nur ein Produkt auf dem Markt ist. Deshalb müssen sich Startups auch nach privaten Investoren – sog. „Business Angels" oder Risiko-Kapitalfonds – umschauen. Auch hierbei werden sie von der öffentlichen Hand unterstützt. Falls am Ende tatsächlich ein gewinnbringendes Produkt herauskommt, sind es dann aber in erster Linie die Investoren, die profitieren.

Dieser Mechanismus, nach dem Kosten sozialisiert und Gewinne privatisiert werden, zeigt seine Brisanz am Beispiel des Impfmittelherstellers CureVac, einem der wenigen „Einhörner" in Deutschland, dessen Marktwert auf weit über 1 Mrd. Euro geschätzt wird, obwohl es bislang noch keine realen Gewinne erwirtschaftet. Gegründet wurde das Unternehmen im Jahr 2000 von Wissenschaftlern der Universität Tübingen und erhielt immer wieder Unterstützung und Förderung aus der öffentlichen Hand. Größter Anteilseigner ist allerdings Dietmar Hopp, der mit seinem Softwareunternehmen SAP zu einem der reichten Menschen Deutschlands wurde und nun als Risiko-Kapitalgeber in der Biotech-Branche aktiv ist. Im Juni 2020 ist der Bund mit 300 Mio. Euro als stiller Teilhaber eingestiegen, kurz darauf ging das Unternehmen an die US-Börse und erhielt damit weitere rund 245 Mio. US$. Im September dann sagte der Bund eine weitere Förderung von 252 Mio. Euro zu. Falls das Unternehmen tatsächlich einen zulassungsfähigen Impfstoff gegen Corona entwickelt, haben sich diese Investitionen sicher gelohnt – finanziell profitieren werden dann aber v.a. Dietmar Hopp und (institutionelle) Anleger. Falls nicht, hat der Bund vermutlich sehr viel Geld in den Sand gesetzt.

Es spricht sicher nichts dagegen, wenn die öffentliche Hand in Technologien investiert, die vielleicht scheitern, vielleicht aber auch von großem Nutzen sind. Dann allerdings sollten die daraus hervorgehenden Produkte jedoch auch in der öffentlichen Hand bleiben und dem Nutzen aller dienen. Wenn die Gesellschaft die Kosten einer Entwicklung trägt, sollten dann nicht auch die Ergebnisse allen zur Verfügung stehen, also „gemeinfrei" sein, anstatt die Gewinne zu privatisieren? Die „Ökosysteme" zum „Technologietransfer", wie sie gegenwärtig überall entstehen, streben genau das Gegenteil an.

Christoph Marischka

Für einen Neustart des Solewo
(Solidarisch leben und wohnen)

Gut wohnen ohne Grundbesitz. Langfristig bezahlbar wohnen und Immobilienhaien ein Schnippchen schlagen. Großzügig Platz für Gemeinschaftsflächen und genau die ausreichende Fläche für sich selbst. Flexible Wohneinheiten: größere mit Familie, kleinere zu zweit oder alleine und Extrazimmer für flügge werdende Teenager. Eine Art Wandelhaus für sich wandelnde Lebensumstände. Wow! Klingt super. Utopie? Nein, sondern sich konkretisierende Realität in Tübingen. Was in Zürich schon lange etabliert ist, wird nun Wirklichkeit in Tübingen. Am 2. Oktober gründeten 71 Personen die „Genossenschaft Neustart: solidarisch leben + wohnen (solewo)". Damit ist der Startschuss gefallen für das skizzierte zukunftsorientierte Modell gemeinschaftlichen Wohnens aller Generationen und Schichten. Grund und Boden werden dem freien Markt entzogen und bleiben für immer in der Hand der Genossenschaft und ihrer Mitglieder. Konkret will sich die neue Genossenschaft für das neue Tübinger Baugebiet im Marienburger Areal bewerben. Dort will sie in die umgebenden Quartiere Französisches Viertel und Drei-Höfe-Areal mit Dienstleistungen und Vernetzung ausstrahlen: Solidarische Landwirtschaft, Polyklinik, Café, Räume für Initiativen sind erste Ideen. Tübingen braucht dringend Projekte wie diese.

Mit der neuen Genossenschaft neustart-solewo wird Wohnflächenwachstum gebremst und der Gentrifizierung – der Verdrängung nicht vermögender Menschen raus aus der Stadt – gegengesteuert. Es darf nicht sein, dass das Eigenkapital darüber entscheidet, ob man überhaupt in unserer Stadt wohnen darf! Ich möchte dafür werben, dieser Genossenschaft beizutreten. Mit einem Betrag von 500 Euro für einen Anteil und 250 Euro Eintrittsgeld werden Sie Genoss*in. Mit Stimmrecht, wenn Sie mitwohnen wollen und mit Mitspracherecht, wenn Sie nur fördern wollen. Informationen und Beitrittsformular finden Sie auf:
www.neustart-solewo.de

Evelyn Ellwart, Stadträtin der Tübinger Linken

Aktionsplan für Gleichstellung von Frauen in Tübingen

Die Rückkehr zum Regelbetrieb erfordert mehr Erzieher*innen in Kitas und mehr Lehrkräfte in Schulen. Die Lehramtsausbildung deckt seit Jahren nicht den Bedarf. Der Gesamtelternbeirat der Tübinger Kitas fordert zu Recht ihr Mitspracherecht bei den Abläufen und Betreuungszeiten. Die Personalschlüssel müssen an die Coronabedingungen angepasst werden, um den pädagogischen Standard zu halten. In den Kitas fehlen Fachkräfte, weil in sozialen Berufen zu wenig bezahlt wird und immer noch nicht mehr für diese Ausbildung bundesweit, landesweit und kommunal dafür geworben wird. Vor einigen Wochen noch wurden Pflegekräfte und Kassierer*innen beklatscht. Je näher die Tarifverhandlungen rückten, desto mehr wurden sie wieder Kostenfaktoren. Lange hat sich Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) geweigert, das Personal in Pflegeeinrichtungen regelmäßig testen zu lassen. Gut, dass die Stadtverwaltung den Fehler ausgleicht und den Pflegebeschäftigten und den Besucher*innen in den Pflegeheimen die Tests kostenfrei anbietet, inzwischen wird es vom Land übernommen.

Die Corona-Krise hat das Thema Frauenrechte neu belebt. In Tübingen wird derzeit am „runden Tisch Gleichstellung" ein kommunaler Aktionsplan gezimmert. Grundlage ist die EU-Charta für die Stärkung der Gleichstellung von Männern und Frauen und des Rechts von Frauen auf ein gewaltfreies Leben. Danke an die Gleichstellungsbeauftragte und ihr Team. Die Vereinbarkeit von Beruf und Kinder ist schon im „Normalbetrieb" ein Spagat. Wir Linke fordern, was sich viele Menschen wünschen, die kein Homeoffice machen können: eine Vier-Tage-Woche. Erwerbsarbeit und Arbeitszeit müssen zum Leben und zu Kindern passen. Das gilt für alle, für wissenschaftlich Arbeitende an der Universität ebenso wie für die Wanderarbeiter*innen auf Baustellen, im Ernteeinsatz oder in Fleischfabriken. Gute Arbeitsbedingungen und auskömmliche Löhne auch im unteren Einkommensbereich machen eine solidarische Stadtgesellschaft erst möglich.

Gerlinde Strasdeit, Linke Fraktionsvorsitzende

Auf Dauer kein digitales Abnickverfahren im Gemeinderat

Kommunale Demokratie erhalten! Wir wollen kein digitales Abnickverfahren im Gemeinderat! Während von kommunalen Beschäftigten voller Einsatz verlangt wird, zieht sich der Tübinger Gemeinderat in Videokonferenzen zurück. Als Corona-bedingte Ausnahme haben wir das akzeptiert, als Dauerzustand nicht. Denn der freie Austausch und die demokratischen Mitwirkungsrechte der Gemeinderäte sind massiv eingeschränkt. Wir fordern für Ratssitzungen deshalb größere Räume, in denen die Abstandsregeln eingehalten werden können. Andere Verwaltungen in der Region bekommen das gut hin. Es war ja auch möglich, dass die Aufsichtsräte der GWG, der Tübinger Altenhilfe samt Oberbürgermeister im Oktober zusammen im Casino tagen.

Seit Beginn der „Corona-Krise" halten die Kolleginnen und Kollegen den Laden am Laufen. Ob bei der Stadtreinigung und der Abfallwirtschaft, der Strom- und Wasserversorgung, in Kitas, im Altenheim, im Jobcenter- ihre Arbeit ist „systemrelevant" und sie haben mehr als nur Applaus vom Balkon verdient. Die Forderungen von 4,8 Prozent Lohnerhöhung, aber mindestens 150 Euro, waren angemessen, angesichts dessen, dass der Bund für private Unternehmen aus den öffentlichen Kassen 130 Milliarden Euro zur Verfügung stellt! Die Lohnerhöhung wäre auch ein Mittel um dem Fachkräftemangel im Erziehungs- und Pflegebereich entgegen zu wirken. Auch die Angleichung der Arbeitszeit in Ost und West ist überfällig, jetzt ist ausgehandelt 39 Std. Woche im Jahr 2022. Die öffentlichen Arbeitgeber haben eine besondere politische Verantwortung, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und in die Demokratie zu stärken statt zu spalten. Wir fordern vom Bundesgesetzgeber deshalb Einschnitte und höhere Steuern bei Milliardären und Einkommensmillionären und für Konzerne, die an der Krise zusätzlich verdienen wie Amazon.

Birgit Hoberg Stadträtin der Tübinger Linken

Gleisfrei in die Zukunft.
Es gibt Alternativen zur Innenstadtstrecke der Stadtbahn!

Wer die Verkehrsverhältnisse in der Tübinger Innenstadt kennt und nüchtern bewertet, hatte wohl schon immer Zweifel, dass die geplante Innenstadtstrecke mit der Bahn die richtige Lösung für Tübingen sein kann. Neuere Untersuchengen haben dies jetzt bestätigt. Es gibt Alternativen! Diese sind nicht nur ebenso leistungsfähig, sondern zudem deutlich billiger.

Nadelöhr Mühlstraße

Die Planungen der Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn sehen vor, dass die Züge aus allen Richtungen (Reutlingen, Mössingen, Rottenburg und Herrenberg) über die Neckarbrücke und die Mühlstraße durch die Innenstadt fahren. Vorgesehen ist ein Halbstundentakt, d.h. durch die Mühlstraße würde in einer Richtung alle 7½ Minuten ein Zug mit einer Länge von 75m (!) fahren, also fast alle 3 Minuten ein Zug. Dazu kommen in der Mühlstraße ca. 60 Busse pro Stunde, also jede Minute ein Bus. Da bleibt nicht mehr viel Platz für Fahrradfahrer und Fußgänger, von Lieferfahrzeugen ganz zu schweigen. Dummerweise ist aber die Mühlstraße gerade auch für Fahrräder und Busse eine Hauptverkehrsachse und es gibt dort eine Menge Geschäfte mit Publikumsverkehr. Diese Betriebe wollen beliefert werden, fragt sich nur, wie und wann. Störungen und Verzögerungen durch Staus, Unfälle oder einfach im Weg stehende Fußgänger oder Lieferfahrzeuge sind vorhersehbar. Nicht zu vergessen: Was ist mit Einsätzen von Feuerwehr, Polizei und Notarzt, auch deren Einsatzfahrzeuge müssen den Bereich rasch durch- oder anfahren können. Für all das gibt es bisher kein schlüssiges Konzept.

Genau das Nadelöhr Neckarbrücke/Mühlstraße ist ein wichtiger Grund, weshalb wir uns mit Alternativen beschäftigt haben. Wir wollen flexiblere Lösungen, d.h. Fahrzeuge, welche nicht schienengebunden sind, sondern im Notfall ausweichen und Hindernisse umfahren können. Die Baustellen der Sommermonate zeigen, dass wir in Tübingen ein Transportmittel brauchen, das ggf. bei Problemen über alternative Routen geführt werden kann. Und wir wollen zukunftsfähige Lösungen, die einfach an zukünftige Entwicklungen der Stadt angepasst werden können und deren Kapazitätsgrenzen nicht bereits beim Bau erschöpft sind.

Stadtbild und Verkehrssicherheit

Dann wäre da noch das Problem des Stadtbildes und der Nutzerfreundlichkeit. Haltestellen lägen nicht auf Straßenniveau, sondern es müssten zwangsläufig relativ schmale Bahnsteige mit 55cm Höhe und 100m Länge mit Treppen und Rampen für Menschen mit Behinderung gebaut werden. Ein Szenario mit notorischer Unfallgefahr, das für ältere, kranke oder behinderte Menschen eher abschreckend sein muss.

Zu diesen, ach so unauffälligen (in den Werbevideos gut kaschierten) Bahnsteigen kommen entlang der Strecke eine Unzahl von Masten und Trafos für die Oberleitung. Das Bild der historischen Altstadt wäre nachhaltig gestört, und Tübingen müsste sich mit Recht fragen lassen, wofür mit großem Aufwand und Engagement für den Erhalt der Altstadt gekämpft wurde, wenn dieses Bild so mutwillig zerstört wird.

Alternativen

Zum Glück gibt es Alternativen und diese sind inzwischen auch schon recht gut untersucht. In die engere Wahl kommen vor allem zwei Systeme bzw. eine Kombination beider: eine Seilbahn und Schnell- bzw. Direktbusse auf eigenen Trassen. Beide Lösungen bieten ausreichende Kapazitäten, die jederzeit ausgeweitet werden können. Beide Lösungen können flexibel ergänzt und erweitert werden. Beide Technologien sind ausgereift und es liegen z.T. langjährige Erfahrungen aus anderen Städten vor. Vor allem für die Verbindung zwischen Bahnhof und Kliniken bzw. Technologiepark bietet sich die Seilbahn auf Grund der Tübinger Topografie geradezu an. Dazu kommt, dass lange Wartezeiten an den Haltestellen entfallen und zu Stoßzeiten mehr Kabinen eingesetzt werden können. Eine Seilbahn kann sogar eine touristische Attraktion für Tübingen werden und würde hervorragend zum innovationsfreudigen zukunftsorientierten Image der Stadt passen.

Eine Seilbahn hat hervorragende Werte, was Umweltverträglichkeit und CO2-Ausstoß angeht, und auch moderne Bussysteme mit Brennstoffzellen oder Hybridantrieb können in diesen Bereichen mit guten Werten aufwarten. Was Klimaschutz und Umweltverträglichkeit angeht, schneiden beide Systeme unterm Strich besser ab als die Stadtbahn. Dies gilt vor allem auch für den Aufwand für die Unterhaltung und Wartung. Und Seilbahn und Bus haben einen nicht zu vernachlässigenden Vorteil: sie kosten deutlich weniger als eine schienengebundene Lösung.

Kosten

Reden wir also vom Geld. Für die Innenstadtstrecke sind Stand 2018 Baukosten von ca. 230 Mio. € vorgesehen. Darin nicht enthalten sind die Kosten für den Neubau der Neckarbrücke, die im jetzigen Zustand den Belastungen der Züge nicht standhalten würde. Ebenso wenig enthalten sind Kosten für notwendigerweise geänderte Verkehrsführungen am Rande der Strecke und für geänderte Buslinien. Auch wenn die erhofften Zuschüsse von Bund und Land tatsächlich fließen sollten, was wegen der Haushaltsbelastungen durch Corona durchaus zweifelhaft ist, bleibt an der Stadt Tübingen ein erheblicher Betrag hängen. Bei den für solche Projekte zu erwartenden Kostensteigerungen würde der Betrag mehr als der Hälfte des gesamten Vermögenshaushalts entsprechen.

Im Vergleich erscheinen die Baukosten für die Alternativen fast wie ein Schnäppchen, die geschätzten Kosten für die Seilbahn liegen bei etwa 75 Mio. € (Stand 2020) plus Erschließungsmaßnahmen, für Schnell- und Direktbusse noch deutlich niedriger. Wichtig: Die Seilbahn könnte im selben Umfang wie die Schienenlösung von Bund und Land gefördert werden, für Schnellbusse gibt es Zuschüsse vom Land.

Auch die Kosten für den Unterhalt von Schienen, Weichen, Signaltechnik, Oberleitung, Bahnsteige, Brücken und Rampen sind deutlich höher als bei den Alternativen und würden den Tübinger Haushalt dauerhaft erheblich belasten.

Jahrelange Baustelle vs. Klimaschutz jetzt

Ein zentraler Aspekt für uns Linke ist die Frage des Klimaschutzes. Durch die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs soll Menschen der Umstieg vom PKW attraktiv gemacht werden, es soll Energie eingespart, Abgase und der CO2-Ausstoß reduziert werden. Die Zeit beim Klimaschutz drängt, es hat keinen Sinn, wenn erst in 10 Jahren der erste Zug fährt. Die Seilbahn und vor allem ein verbessertes Buskonzept lassen sich viel schneller verwirklichen.

Nicht zu vergessen: jahrelange Baustellen in der Innenstadt blieben den Tübinger Bürger*innen erspart. Ganz abgesehen davon, dass solche Riesenbaustellen und die damit verbundenen Umleitungen und Umwege kein Beitrag zum Klimaschutz sind, sondern das genaue Gegenteil. Berechnungen haben ergeben, dass ein positiver Klimaschutzeffekt durch die Stadtbahn frühestens nach 20 bis 30 Jahren eintreten würde.

Umsteigefreiheit

Wir sind uns im Klaren, dass eine Lösung für den öffentlichen Nahverkehr in Tübingen attraktiv für die potenziellen Benutzer*innen sein muss. In diesem Zusammenhang wird von den Befürwortern der Innenstadtstrecke häufig das Argument „sitzen bleiben", also nicht umsteigen müssen, angeführt. Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich das als großer Bluff. Denn nicht umsteigen und sitzen bleiben könnten schließlich höchstens diejenigen, die von auswärts nach Tübingen einpendeln, für die Tübinger*innen gilt das grerade Gegenteil: Weil Direktverbindungen gestrichen würden, müssten sie auf vielen Strecken umsteigen, statt wie bisher ihr Ziel direkt zu erreichen. Aber auch viele der Pendler*Innen von auswärts wären gezwungen umzusteigen, da ihr Ziel nicht an der Route der Stadtbahn liegt (90% der Fahrgäste wollen nicht zu den Kliniken).

Auch wohnen die wenigsten Pendler*innen direkt an der Stadtbahnstrecke, sie müssen sowieso erst von ihrem Wohnort zur Stadtbahn kommen und umsteigen. Für sie sind der Weg bis zur Stadtbahn, die Anschlüsse und die Umsteigezeit dort viel gravierender als ein kurzer Umstieg in Tübingen.

Fazit für uns: Warum sollten wir uns Probleme (Mühlstraße, Flexibilität, jahrelange Baustellen und Kosten) künstlich schaffen, wenn es bessere Möglichkeiten gibt.

Warum sollten wir uns, nur weil jahrelang fast ausschließlich über die Schiene geredet und Alternativen verlacht wurden, mit der höchsten zweitbesten Lösung zufrieden geben?

Entscheiden wir uns lieber für eine zukunftsfähigere Alternative, die Änderungen und Anpassungen zulässt und die sofort umgesetzt werden kann.

Nachbemerkung: Die Diskussion um die Innenstadtstrecke krankt unserer Meinung nach von vornherein daran, dass nur zur festgelegten Stadtbahnstrecke Alternativen gesucht werden. Eigentlich sollte über ein umfassenderes Verkehrskonzept für Tübingen und Umgebung gesprochen werden, das auch Pendlerströme berücksichtigt (Böblingen, Dettenhausen und Härten), die in der Planung der Stadtbahn nicht bedient werden.

Wilhelm Bayer, Kommunal-AK der LINKEN

Große Unterschiede (Gedicht von Gerhard Bialas)

Dank den Göttern, die das schufen
für manche kommt Corona wie gerufen
die damit dick Geschäfte machen
dass and're in die Pleite krachen.
Rettungsschirme für manche Reichen
die pfeifen auf die Corona-Leichen
verziehen sich auf ihre Jachten
tun nach Profiten weiter trachten.
Milliardär auf traumhaft Inseln
hört man um Gewinne winseln
die könnten ja verlustig geh'n
wenn sie nicht Rettungsschirme seh'n.

Menschen in den Slums versinken
in Coronas Sumpf ertrinken
denen muss geholfen werden
um zu leben auf der Erden.
Wie schön uns're „Soziale Stadt"
in der werden alle satt?
In dem Maskenumgetriebe
gibt es große Unterschiede.
Rettungsschirme für die Armen
denen hilft kein Gotterbarmen
Reichtum solidarisch teilen
statt im Jammern zu verweilen.

Klimaneutral 2030 – sozial gerecht !

Der Tübinger Gemeinderat verabschiedete im November ein Klimaschutzprogramm. Ziel ist, dass die Stadt bis zum Jahr 2030 in Bezug auf die energiebedingten CO2-Emissionen klimaneutral (Netto-Null) werden soll. Das Programm gliedert sich in die drei Energieverbrauchssektoren Wärme, Strom und Mobilität, sowie Querschnittsthemen. Wir Linken stimmten insgesamt dafür, meldeten aber auch Kritik an.

Wichtigste Forderung für uns war die Sozialverträglichkeit des Klimaschutzprogramms bei allen Maßnahmen nicht nur zu prüfen, sondern auch Modelle zu entwickeln, die für finanziell benachteiligte Personengruppen einen Ausgleich schaffen. Dies konnten wir als Querschnittsaufgabe im Klimaschutzprogramm verankern. Wir wollen, dass Klimaschutz für alle bezahlbar ist. Es darf nicht sein, dass Gering- und Durchschnittsverdienende überdurchschnittlich belastet werden, obwohl gerade die Superreichen die schlimmsten Klimasünder*innen sind.

Strom:

DIE LINKE bemängelt bei der Förderung regenerativer Energien schon seit Jahren, dass ausgerechnet energieintensive Industriebetriebe von der EEG-Umlage befreit sind, während die Verbraucher*innen die Energiewende finanzieren. Aktuell wird von Verbraucherschützer*innen scharf kritisiert, dass trotz sinkender EEG-Umlage und geringerer Beschaffungskosten die Strompreise im nächsten Jahr für die Verbraucher*innen steigen werden. DIE LINKE fordert, dass die Einnahmen CO2-Bepreisung an die Verbraucher*innen zurückfließen und die Industrieprivilegien bei der EEG-Umlage gestoppt werden.

Wärme:

Wohnen muss in der Stadt für alle bezahlbar werden, eine weitere Gentrifizierung muss verhindert werden. Deswegen müssen energetische Sanierungen für die Mieter*innen warmmietenneutral sein. Es darf nicht sein, dass die Kosten für energetische Sanierung einseitig den Mieter*innen aufgehalst werden und so die ohnehin sehr hohen Mieten noch weiter erhöht werden.

Mobilität:

Beim Kapitel zur Tübinger Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn mussten wir durchsetzen, dass die Formulierungen dazu neutral sein müssen, denn ein Bürgerentscheid wird darüber entscheiden, ob die Innenstadtstrecke gebaut wird oder Alternativen umgesetzt werden wie beispielsweise ein Ausbau des Bussystems und Schnellbusse. Der Bürgerentscheids soll zur Bundestagswahl im September 2021 stattfinden. Wir freuen uns, dass es jetzt endlich eine politische Mehrheit für eine Verbesserung der Bustakte und eine Senkung der Busticketpreise gibt! Bisher hatte außer uns nur Markus Vogt gegen die jährlichen nicht öffentlich beschlossenen Erhöhungen der Ticketpreise gestimmt. Als erstes müssen die Schülerverkehre frei sein. Das gehört zur Lernmittelfreiheit muss auch endlich im grün-schwarzen Baden-Württemberg umgesetzt werden. Dafür kämpfen aktive Eltern schon seit einigen Jahren. Weshalb geht's in Bayern und nicht im reichen Baden-Württemberg?

Flächenverbrauch und Zivilklausel:

Wir wollen innerstädtisch grüne Flächen erhalten und kein hemmungsloses Wachstum auf der Oberen Viehweide, vor allen keine Konzerne und Forschungseinrichtungen, die in Rüstungsprojekte verwickelt sind. Krieg ist die schlimmste Bedrohung für Mensch und Umwelt. Deshalb fordern wir auch aus Klimaschutzgründen eine verbindliche Zivilklausel.

Gerlinde Strasdeit, Linke Fraktionsvorsitzende

Die reichsten Menschen haben den größten ökologischen Fußabdruck; Der Tübinger Arbeitslosentreff TAT e.V. untersucht nun in einer Studie den ökologischen Fußabdruck von AlG II-Empfänger*innen. Die Studie liegt im Frühjahr vor. Gratulation: dafür gab es jetzt für TAT den Umweltpreis der Stadtwerke!

Kommunalpolitik in Aktion

links: Gerlinde Strasdeit und Evelyn Ellwart (Stadträt*innen) beim Gedenken an die Reichspogromnacht am Synagogenplatz
rechts: Kreisrätin Maggie Paal spricht als Mitglied der Verhandlungskommission beim Streik des Öffentlichen Dienstes
unten links: Landtagskandidatin Claudia Haydt bei der Kundgebung „Bürgeramt barrierefrei"
unten rechts: Stadträtin Gerlinde Strasdeit bei der Ver. di-Aktion zum Streik am Kreistag

Landesdatenschutzbeauftragter verbietet „Liste der Auffälligen“

Mit einem Bescheid vom 5.10.2020 untersagte Dr. Stefan Brink, der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, der Stadt Tübingen das Führen einer Liste von „auffälligen“ Geflüchteten. Mit dieser erstmals an eine Kommune ergangenen derartigen Verfügung beendete der Datenschutzbeauftragte einen sich fast zwei Jahre hinziehenden Streit um die von Oberbürgermeister Boris Palmer und der Stadtverwaltung geführten sog. „strukturierten Informationsaustausch“. Begründung: Keine Rechtsgrundlage, keine Belege für tatsächliche Gefahrenlage, Diskriminierung der Betroffenen.

OB Palmer rechtfertigte diese Liste zu Beginn mit seiner Auffassung, dass straffällig gewordene oder aus seiner Sicht verdächtige Personen in Landesunterkünfte verlegt werden sollten. Zusätzlich oder alternativ wurde das Vorhaben verkündet, als „auffällig“ angesehene Personen in die städtische Anschlussunterkunft in der Europastraße 37 zu verlegen. Dort wurde bereits seit 2017 ein Sicherheitsdienst mit jährlichen Kosten von rund 300.000 Euro eingesetzt. Erst einige Zeit später brachte Palmer als weiteren Rechtfertigungsgrund für die Liste den Schutz von städtischen Mitarbeiter*innen ins Spiel.

Bereits unmittelbar nachdem das Vorhaben, eine solche Liste zu führen, öffentlich wurde, zweifelten die Flüchtlingshilfen Kreis Tübingen (Netzwerk ehrenamtlicher Flüchtlingsunterstützerkreise) in einer Presseerklärung die Rechtmäßigkeit der Liste an und forderten anhand eines umfangreichen Fragenkatalogs Aufklärung über Einzelheiten dieser Praxis. Gegen „Palmers Liste“ und die geplante Praxis der Errichtung einer lokalen „Brennpunkt- und Abschiebeunterkunft“ machte das aus Bündnis Bleiberecht, Flüchtlingshilfen, Asylzentrum und anderen Initiativen bestehende „Netzwerk Europastraße“ in einer Informationsveranstaltung am 5.4.2019 mobil. Am 9.4. lud OB Palmer zu einer Aussprache ins Rathaus. Diese geriet zu einer Palmerschen Selbstdarstellungsshow, bei der in der üblichen selbstherrlichen Art die Argumente des Netzwerks vom Tisch gewischt wurden und keine der gestellten Fragen zufriedenstellend beantwortet wurde. Mehrere Fraktionen des Gemeinderats griffen den Fragenkatalog auf und erhielten zum Teil aufklärende, zum Teil ausweichende Antworten.

Und auch dem zwischenzeitlich in Kenntnis gesetzten Datenschutzbeauftragten des Landes antwortete die Stadtverwaltung auf die gestellten Fragen nur verzögert oder gar nicht und beschwerte sich stattdessen in einem mit Horrorbeispielen von Flüchtlingskriminalität gefüllten Brief bei Innenminister Strobl über den Datenschutzbeauftragten. Ende Januar erhob dann der Datenschutzbeauftragte erstmals öffentlich Kritik an der Stadtverwaltung Tübingen, nachdem die „Liste“ und die Nichtkooperation der Stadt auch Eingang in den Datenschutz-Tätigkeitsbericht 2019 gefunden hatte.

Jetzt beendete der Datenschutzbeauftragte den Streit und zwar mit einem eigentlich unmissverständlichen Urteil für OB Palmer:

- Für die Weiterleitung von Daten von der Polizei über die Ausländerbehörde an andere Dienststellen der Stadtverwaltung bestehe keine Rechtsgrundlage.
- Die Aufnahme von personenbezogenen Daten in die Liste sei erfolgt, ohne dass die Staatsanwaltschaft oder ein Gericht die Tat oder den Tatvorwurf in einem rechtsstaatlichen Verfahren bestätigt hätten.
- Eine Gefährderliste aufgrund eines bloßen Verdachts aufzustellen verletze die Rechte der Betroffenen.
- Die Stadt habe letztlich weder im Einzelfall noch allgemein darlegen können, dass eine konkrete Gefahr für das eigene Personal bestanden habe.

Der Datenschutzbeauftragte monierte die „Blockadehaltung“ von Palmer und Stadtverwaltung und verwies auf die „gravierende Diskriminierungswirkung“ der Liste.

Gegenüber der Presse teilte OB Palmer mit, nicht gegen die Verfügung des Datenschutzbeauftragten klagen zu wollen. Er machte jedoch keinen Hehl daraus, dass er kein Verständnis für diese Entscheidung hat und bezeichnete diese als „behördlich verordnete Schizophrenie“. Palmer kündigte eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene an, durch die eine Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Sozialarbeit geschaffen werden solle. Auf Facebook informierte Palmer seine Fans unter der Überschrift „@ Datenschutz als Täterschutz“ über die „rechtlich und sachlich falsche Entscheidung“ und heizte gleich wieder die flüchtlingsfeindliche und rassistische Stimmungsmache an, indem er das Bild vom dunkelhäutigen Messerstecher zeichnete.

Anstatt die Entscheidung des Datenschutzbeauftragten zu akzeptieren und daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen, macht Palmer also mit diskriminierender und rassistischer Stimmungsmache weiter. Offenbar verspricht er sich selbst nach so einer Rüge, dass aus der Gleichsetzung von Flüchtlingen und Kriminalität und allgemein aus der Skandalisierung des Themas Flüchtlinge politisch Kapital zu schlagen ist. Mit keiner anderen Bevölkerungsgruppe würde sich auch ein Herr Palmer derartiges Verhalten erlauben. Und die Rechnung scheint aufzugehen, denn Beifall gibt es ja genug, nicht nur auf Facebook. All dies ist beschämend für die Stadt Tübingen und das führt auch die von der Stadt geförderten Antidiskriminierungsprojekte ad absurdum.

Mit der „Liste der Auffälligen“ haben Palmer und die Stadtverwaltung die ansonsten gute Integrationsarbeit für Geflüchtete durch „Haupt- und Ehrenamtliche“ in der Stadt Tübingen nachhaltig diskreditiert. Die städtischen Sozialarbeiter*innen in der Flüchtlingshilfe wurden dabei eher instrumentalisiert als geschützt und letztlich in ihrem professionellen Selbstverständnis mehr als in Frage gestellt. Dass Palmer mit Personen, die vielleicht irgendwie auffällig sind oder auch straffällig geworden sind, primär mit Polizei und ordnungsrechtlichen Maßnahmen umgehen will, zeigt aber auch, wie wenig Ahnung er von Sozialarbeit und deren professionellen Grundsätzen und auch deren nachhaltiger Wirksamkeit hat.

Und last but not least die „Betroffenen“? Hat die jemals irgendjemand über irgendetwas informiert oder nach der Meinung gefragt? Clevere Datenschützer*innen haben nach der Verfügung des Landesdatenschutzbeauftragten eine Vorlage erarbeitet, damit Betroffene eine Anfrage nach DSGVO stellen können und auf diesem Weg zumindest Auskunft erhalten können, ob sie in der Liste der Auffälligen geführt wurden und welche Daten über sie gespeichert waren/sind. Engagierte in der Flüchtlingshilfe werden aufgefordert, potenzielle Betroffene bei der Stellung eines Auskunftsersuchens zu unterstützen.

Andreas Linder, Kreisrat der Tübinger Linken

Bundeswehr im Gesundheitsamt - „Neue Normalität“?

Im Tübinger Gesundheitsamt sind seit November Soldat*innen der Bundeswehr in der Kontaktverfolgung eingesetzt. Die Linke-Fraktion im Kreistag sieht im Einsatz von Bundeswehrsoldaten in zivilen Einrichtungen und Ämtern ein problematisches politisches Signal.

Wir wissen, dass die Beschäftigten im Gesundheitsamt und weitere Mitarbeitende in den letzten Monaten sehr viel geleistet haben und sind für ihren großen Einsatz dankbar.

Mit einer Anfrage an das Landratsamt wollten wir wissen, warum nun nicht weitere zivile Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, z. B. durch Aufrufe an Studierende, die ihren Nebenjob verloren haben, oder durch Einbeziehung von Erwerbslosen und Kurzarbeitenden.

In der Antwort des Landrats Herrn Walter wird nur auf den dringenden Bedarf für weitere Unterstützung verwiesen, aber nicht warum dafür Bundeswehrpersonal erforderlich ist. Wir fragen uns nach wie vor, warum die Verwaltung es als notwendig ansieht, bei derzeit insgesamt ca. 100 Beschäftigten im Gesundheitsamt 6 Stellen mit Soldaten zu besetzen. Warum konnten für diese 6 Stellen nicht weitere zivile Beschäftigte gesucht werden?

Nach Auskunft der Verwaltung ist zwar sichergestellt, dass die Soldat*innen der direkten Leitung des Gesundheitsamts unterstehen und der Datenschutz eingehalten wird, also Daten nicht an die Bundeswehr weitergegeben werden dürfen.

Fragwürdig ist aber weiterhin die rechtliche und politische Problematik, wenn Soldat*innen Menschen am Telefon nach ihren Kontakten fragen, sie in Quarantäne schicken und kontrollieren, ob die Betroffenen diese einhalten.

Während in den letzten Jahren am Gesundheitswesen gespart und bei den Gesundheitsämtern Stellen abgebaut wurden, sind die Ausgaben für Militär und Rüstung weiter erhöht worden und liegen trotz Corona-Krise in diesem Jahr bei fast 50 Milliarden Euro. Und die Bundeswehr kann sich jetzt zusätzlich noch als flexibler Helfer für die zivile Gesellschaft anpreisen.

Zählt der Einsatz der Bundeswehr im zivilen Bereich etwa auch zur oft genannten „neuen Normalität“, an die wir uns gewöhnen sollen?

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin der Tübinger Linken

Platz für Kinder – Kein Grundstücksverkauf!

Kurzfristig flatterte uns Gemeinderät*innen eine Vorlage auf den Tisch, die da heißt: „Sanierung und Erweiterung Musikschule; Neubau Martinskindergarten und Köstlinschule“.

Das klingt doch erst einmal prima! Endlich wird die Musikschule saniert. Schon vor 10 Jahren regnete es dort zum Dach hinein und eindrücklich wurde mir damals am „Runden Tisch Kultur“ vorgeführt, wie es in die Eimer tropft. Und auch einen Kindergarten neu bauen und eine Schule, das scheint zunächst nicht falsch.

Tja, wenn man dann genau hinschaut, stellen sich nur noch Fragen. Wieso wird der Kindergarten neu gebaut? Weil die Musikschule teilweise abgerissen wird und er da quasi baulich drin steckt. Wieso wird die Köstlinschule neu gebaut? Ja, weil die Planer(*innen?) die Idee hatten, es wäre schön, wenn man Köstlinschule und Musikschule auf den gleichen Platz steckt, wo man doch von der Musikschule sowieso den Teil zur Wilhelmstraße hin abreißen muss. Und weil das alles so schön ineinander flutscht, hat man am Ende das Grundstück der Köstlinschule übrig und kann es verkaufen. 1,8 Millionen Euro Einnahmen plant die Stadt schon mal dafür in den Stadtsäckel. Dass es ein Grundstück für „Gemeinbedarf“ ist, macht nichts, da macht man einen Änderungsbeschluss, sodass es ein Bebauungsgrundstück wird.

Von hinten her machen die ganzen Planungen plötzlich einen immanenten Sinn: Das Grundstück der Köstlinschule soll als Baugrund versilbert werden. Darum werden zwei Kindergärten auf dem Platz von einen und zwei Schulen auf dem Platz von einer Schule zusammengepfercht. Es werden dafür ein Teilgebäude der Musikschule, die gesamte Köstlinschule und ein Kindergarten abgerissen. Die Klimabelastung durch den Abriss redet die Verwaltung in der Vorlage lapidar schön mit Recyclingmöglichkeiten der im Abriss enthaltenen Materialien.

Wann hat der Ausverkauf der Stadt endlich ein Ende? Wann hat das ständige Aufreißen, Umbauen und Neubauen endlich ein Ende? Wann halten endlich die Paradigmen Suffizienz und Ressourcenschonung Einzug in die Stadtplanung? Die Linke fordert schon lange, dass städtische Grundstücke in städtischer Hand bleiben sollen. Eine gute Möglichkeit dafür ist das Erbbaurecht. Damit behält die Stadtgemeinschaft dauerhaft die Möglichkeit, mitzuentscheiden was in ihrer Stadt passiert. Und wie es passiert. Respektvoll, bedachtsam und lebensfreundlich.

Evelyn Ellwart, Stadträtin der Tübinger Linken

Forderungen und Strategie der Partei unter und zahlreiche Materialien zum Download:
https://www.die-linke.de/themen/gesundheit-und-pflege/corona/